

Konrad, Anton

Article — Digitized Version

## Eine neue Phase des Recycling?

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Konrad, Anton (1980) : Eine neue Phase des Recycling?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 60, Iss. 7, pp. 327-331

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135456>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## INTERNATIONALER WÄHRUNGSFONDS

### Eine neue Phase des Recycling?

Anton Konrad, München

**Allein für dieses Jahr wird mit Leistungsbilanzüberschüssen der OPEC-Länder von weit über 100 Mrd. \$ gerechnet. An einem ähnlich raschen Abbau dieser Überschüsse wie Mitte des vergangenen Jahrzehnts durch verstärkte OPEC-Importe und ein Recycling des privaten Bankensystems wird aus guten Gründen gezweifelt. Eine Alternative wird in einer stärkeren Einschaltung des Internationalen Währungsfonds (IWF) in den Recyclingprozeß gesehen. Wäre der IWF in der Lage, die in ihn gesetzten Erwartungen zu erfüllen?**

**A**ls im Laufe des vergangenen Jahres die Ölpreise um nicht weniger als 60 % anstiegen, trat die bislang nur schwelende Ölkrise wieder in ein akutes Stadium. Bis zum Jahre 1978 hatte die westliche Welt die Folgen des ersten Ölpreisschocks weitgehend überwunden und sich an die neuen Preise angepaßt: Der Leistungsbilanzüberschuß der OPEC-Länder war bis auf einen Rest von 3,5 Mrd. \$ abgebaut, der Überschuß der OECD-Länder war höher als vorher, und die Terms of Trade der ölexportierenden Länder, die 1974 gegenüber dem Vorjahr einen Sprung um 137 % nach oben gemacht hatten, gingen nach mehrjähriger Stagnation sogar um 10 % zurück.

Demgegenüber zeigen die Zahlen für 1979 einen abrupten Wandel (vgl. die Tabelle): Der Leistungsbilanzüberschuß der OPEC-Staaten überstieg abermals 60 Mrd. \$, und da die zugrundeliegenden Preiserhöhungen überwiegend erst in der zweiten Jahreshälfte wirksam wurden, wird für das Jahr 1980 selbst bei unveränderten Terms of Trade mit einem Überschuß von 115 Mrd. \$ gerechnet. Von dem entsprechenden Defizit der ölimportierenden Länder dürften voraussichtlich 45 Mrd. \$ auf die Industrieländer und 70 Mrd. \$ auf die

Entwicklungsländer entfallen. (Die Angaben für die Defizite der ölimportierenden Länder sind möglicherweise dadurch etwas überhöht, daß in ihnen die nicht unbedeutenden Goldkäufe der Ölländer am freien Markt nicht enthalten sind.)

#### **Struktur der Defizite**

Einen Lichtblick in den Daten für 1979 kann man darin sehen, daß das Leistungsbilanzdefizit der USA, das in den beiden vorangegangenen Jahren soviel Unruhe auf den Devisenmärkten ausgelöst hatte, fast vollständig abgebaut war. Die Freude darüber wird allerdings getrübt, wenn man erfährt, daß dies nicht der so dringend erforderlichen Reduktion der Ölrechnung zu verdanken war – der Wert der amerikanischen Ölimporte war sogar um 18 Mrd. \$ höher als im Vorjahr – sondern der Überkompensation dieser Mehrbelastung durch den sonstigen Außenhandel und durch eine Erhöhung des Überschusses in der Dienstleistungsbilanz von 25,4 auf 34,8 Mrd. \$ aufgrund erhöhter Gewinntransfers amerikanischer Gesellschaften im Ausland, darunter vor allem der Ölgesellschaften.

Der Verbesserung der amerikanischen Leistungsbilanz stand eine drastische Verschlechterung bei den bisherigen Überschußländern Bundesrepublik und Japan gegenüber. Es scheint, daß die erheblichen Wechselkursverschiebungen der letzten Jahre vor allem zu einer Umschichtung der Leistungsbilanzen innerhalb der Gruppe der Industrieländer geführt haben, während sich die Anpassung bei den Ölimporten in be-

---

*Prof. Dr. Anton Konrad, 47, lehrt Volkswirtschaftslehre an der Universität München. Die Schwerpunkte seiner Tätigkeit liegen auf der Außenwirtschafts-, Entwicklungs- und Konjunkturpolitik.*

scheidenen Grenzen hielt. Daß gerade die Bundesrepublik und Japan von den jüngsten Ölpreiserhöhungen so hart getroffen wurden, dürfte darauf zurückzuführen sein, daß sie vorher durch die Höherbewertung ihrer Währungen gegenüber den Preissteigerungen am Weltmarkt teilweise abgeschirmt und damit einem geringeren Anpassungszwang ausgesetzt waren.

#### Leistungsbilanzsalden wichtiger Ländergruppen (in Mrd. US-\$)

	1974	1975	1976	1977	1978	1979
OECD-Länder	- 33,3	- 6,0	- 18	- 24	+ 9,5	- 29,5
OPEC-Länder	+ 61,8	+ 30,8	+ 36,5	+ 29	+ 3,5	+ 63,5
Entwicklungsländer	- 24,5	- 40,0	- 18,0	- 12,5	- 25,0	- 32,0

Quelle: Geschäftsberichte der Deutschen Bundesbank.

Ist somit die Höhe des Gesamtdefizits der Industrieländer unbefriedigend, so kann man wenigstens von einer in internationaler Sicht günstigeren Aufteilung auf die einzelnen Länder sprechen. Die Verbesserung der amerikanischen Leistungsbilanz hat eine Festigung des Dollarkurses bewirkt und wird zweifellos die Bereitschaft der Ölländer zur Vornahme von Dollaranlagen wieder stärken. Die neuen Defizitländer Bundesrepublik und Japan haben eine starke Reserveposition und relativ günstige Zukunftsaussichten. Ihr derzeitiger Kreditbedarf könnte sogar der Neigung der Ölländer zur Diversifizierung ihrer Währungsreserven entgegenkommen. Auf der anderen Seite werden auch die Bundesrepublik und Japan durch ihre neuartige Defizitsituation dazu veranlaßt, ihre Rolle als sekundäre Reservewährungsländer bereitwilliger als bisher zu übernehmen.

#### Begrenzter Abbau der OPEC-Überschüsse

Eine derartige Erleichterung des Rückschleusungsprozesses ist um so dringlicher, als in den nächsten Jahren kein ähnlich rascher Abbau der OPEC-Überschüsse erwartet wird wie in den Jahren 1975-78, da die Absorptionsfähigkeit der führenden Ölexportländer für Importe an Grenzen stößt. Dazu kommt, daß die OPEC-Länder offenbar nicht mehr bereit sind, einen Rückschlag in ihren Terms of Trade und eine Erosion des Realwerts ihrer Währungsreserven durch die Inflation in den Industrieländern hinzunehmen; eher werden sie auf eine weitere Verbesserung ihrer Terms of Trade drängen. Als Mittel dazu steht ihnen immer die Reduktion der Fördermengen zur Verfügung, wenngleich der Einsatz dieses Mittels durch Interessengegensätze zwischen reichen und ärmeren Ölexportländern beschränkt sein kann.

Global gesehen müßte die Rückschleusung der Ölüberschüsse in den weltwirtschaftlichen Kreislauf im-

mer gelingen, da den Ölexportierenden Ländern keine anderen Möglichkeiten offenstehen, als die automatische Akkumulation von Devisenguthaben hinzunehmen bzw. Finanz- oder Direktinvestitionen in den Defizitländern zu tätigen. Tatsächlich kam es in den vergangenen Jahren sogar zu einem „Überrecycling“: Die Kreditaufnahme der ölimportierenden Länder auf den internationalen Finanzmärkten übertraf ihre Leistungsbilanzdefizite bei weitem. Dementsprechend nahmen nicht nur die Währungsreserven der Ölexportländer, sondern auch diejenigen der ölimportierenden Länder zu.

#### Steigende Länderrisiken

Trotzdem wird mehr und mehr daran gezweifelt, daß die internationalen Finanzmärkte, die in den letzten Jahren drei Viertel der weltweiten Zahlungsbilanzdefizite finanzierten, die Aufgabe der Weiterleitung der ihnen zufließenden Petrodollars so reibungslos wie bisher erfüllen können. Gründe dafür können in den Finanzinstitutionen selbst liegen, z. B. weil die Eigenkapitalbasis der Eurobanken nicht mit dem Wachstum ihrer Ausleihungen Schritt hält oder weil die Eurobanken möglicherweise einer stärkeren Kontrolle durch nationale Währungsbehörden unterworfen werden; eine derartige Kontrolle würde darauf abzielen, die Eurobanken allmählich ähnlichen Standards bezüglich Reservehaltung und Liquiditätsgrad zu unterwerfen wie die nationalen Bankensysteme. Zweck einer derartigen Einbindung der Eurobanken wäre einmal die Vorbeugung gegenüber Liquiditäts- und Vertrauenskrisen, die sich wegen der hohen Interbankverflechtung in unübersehbarer Weise ausbreiten könnten, zum anderen die bessere Beherrschbarkeit der gesamten Geldschöpfung<sup>1</sup>.

Die Hauptschwierigkeit der Zahlungsbilanzfinanzierung durch die international tätigen Banken wird jedoch in dem steigenden Länderrisiko gesehen. Allein zwischen 1973 und 1978 stiegen die Auslandsschulden der Dritten Welt um 170 Mrd. \$. Die Verschuldung der Entwicklungsländer auf den privaten Finanzmärkten betrug zu Jahresanfang 284 Mrd. \$, und das laufende Jahr dürfte dem weitere 45 Mrd. \$ hinzufügen. Die Schuldendienstquote, d. h. das Verhältnis von Zins- und Tilgungsverpflichtungen zum Wert der Exporte, steigt dadurch voraussichtlich von 16,4 % auf 18,8 %. Unter der Annahme eines 15 %igen jährlichen Zuwachses von Export- und Importwerten wird das Leistungsbilanzdefizit unter Berücksichtigung des Schuldendienstes bis 1986 auf 208 Mrd. \$ angestiegen sein.

<sup>1</sup> Vgl. z. B. IMF Survey, Supplement: International Lending, September 3, 1979.

Die Schuldendienstquote würde sich unter diesen Annahmen beinahe verdoppeln<sup>2</sup>. Dabei handelt es sich bei den angegebenen Quoten lediglich um Durchschnittswerte. Einige sogenannte Schwellenländer, d. h. fortgeschrittene Entwicklungsländer, die mit ihrer jungen Industrie in eine besonders starke Abhängigkeit von Ölimporten geraten sind, weisen bereits jetzt Schuldendienstquoten von über 30 % auf (z. B. Peru oder Chile). Verantwortlich dafür war neben der Verschuldung selbst eine beispiellose Erhöhung der Zinsen auf den Finanzmärkten.

### Einschaltung des IWF

Die allgemeine Schlußfolgerung, die aus diesen Entwicklungstendenzen gezogen wird, ist die Forderung nach einer stärkeren Einschaltung des Internationalen Währungsfonds (IWF) in den Rückschleusungsprozeß. Schon bisher waren die ärmsten oder zahlungsbilanzschwächsten Entwicklungsländer auf den IWF angewiesen, da sie keinen Zugang zu den Finanzmärkten hatten, während die bessergestellten Länder in dem Bestreben, den unbequemen wirtschaftspolitischen Auflagen des IWF auszuweichen, eine Kreditaufnahme auf den Finanzmärkten vorzogen, auch wenn dort die Zinsen höher waren.

Die Forderung nach einer stärkeren Beteiligung des IWF an der Zahlungsbilanzfinanzierung wird daher auch häufig mit dem Verlangen nach Abschwächung der Konditionalität der Kredite verbunden. Andererseits könnten aber gerade die Auflagen des IWF bei Inanspruchnahme der Kredittranchen zu der so dringend notwendigen Verbindung von Finanzierung und Anpassung beitragen. Daß diese Auflagen nicht unzumutbar sein werden, sondern dem Tatbestand einer exogen durch die Ölpreise bedingten Zahlungsbilanzverschlechterung Rechnung tragen werden, hat die IWF-Exekutive in mehreren Verlautbarungen durchblicken lassen. Es muß aber verhindert werden, daß die Erhöhungen der Ölpreise das Inflationstempo in den ölimportierenden Ländern bestimmen. Soll es zu den notwendigen Strukturanpassungen kommen, so müssen sich die höheren Ölpreise mehr in den Preisrelationen als im Preisniveau niederschlagen.

Ein stärkeres Engagement des IWF würde nicht nur eine Lücke füllen, die von den privaten Kreditmärkten offengelassen wird; es hätte vielmehr auch eine Hebelwirkung auf die Kreditvergabe durch die privaten Banken, weil durch die Bereitstellung öffentlicher Kre-

dite zu Sonderkonditionen die Schuldendienstquote herabgesetzt wird.

### Mittel des IWF

Allerdings fragt sich, inwieweit der IWF von seiner Ausstattung und Liquidität her in der Lage ist, die an ihn gestellten Erwartungen zu erfüllen. Die dem IWF zur Verfügung stehenden Mittel sind grundsätzlich bestimmt durch die Quoten. Die 134 Mitgliedsländer haben Quoten von zusammen 39 Mrd. SZR oder ca. 50 Mrd. \$. Nach Ratifizierung der im Rahmen der Siebten allgemeinen Quotenrevision beschlossenen Quotenerhöhung wird die Gesamtquote um 50 % aufgestockt, nämlich auf 58,6 Mrd. SZR oder ca. 75 Mrd. \$. Bei einer derartigen Quotenerhöhung werden von den einzelnen Ländern 25 % in einer vom IWF bestimmten Währung oder in Sonderziehungsrechten und die restlichen 75 % in eigener Währung einbezahlt.

### HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

Für unsere Redaktion  
**Intereconomics/Wirtschaftsdienst/  
Finanzierung & Entwicklung**  
suchen wir eine(n) wissenschaftliche(n)  
Angestellte(n) als

**REDAKTEUR(IN)**  
für die englischsprachige Zeitschrift  
**Intereconomics.**

**Zeitpunkt** der Einstellung: so bald wie möglich.

**Einstellungsvoraussetzungen** sind ein abgeschlossenes Hochschulstudium der Volkswirtschaftslehre und perfekte Englischkenntnisse.

Von unserem neuen Mitarbeiter erwarten wir ein überdurchschnittliches Interesse an weltwirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Fragen, entsprechende wirtschaftswissenschaftliche Kenntnisse, einen verständlichen und flüssigen Schreibstil in englisch (und deutsch), ausgeprägte Eigeninitiative und Teamgeist.

**Es erwarten Sie** eine kleine, aber engagierte Redaktion, eine Bezahlung nach BAT IIa und die sozialen Leistungen des öffentlichen Dienstes.

**Bewerbungen** bis zum 4. 8. 1980 bitte an das  
HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg  
Redaktion  
Neuer Jungfernstieg 21, 2000 Hamburg 36  
(Telefon 040/35 62 306)

<sup>2</sup> Vgl. Adam Parkin: The LDC debt burden may be impossibly heavy by 1986, in: Euromoney, March 1980, S. 118.

Die liquiden Verbindlichkeiten des Fonds werden durch die Gesamtheit der Reservepositionen repräsentiert. Auch ihre Summe bleibt unverändert, sofern Ziehungen nur im Rahmen der Reservetranche erfolgen, weil die Verminderung der Reserveposition des ziehenden Landes durch die Erhöhung der Reserveposition desjenigen Landes kompensiert wird, dessen Währung vom IWF zur Verfügung gestellt wird. Bei Ziehungen im Rahmen der Kredittranchen erfolgt dagegen eine Nettoerhöhung der liquiden Verbindlichkeiten des IWF infolge der Verbesserung der Reservepositionen derjenigen Mitgliedsländer, deren Währung gezogen wird. Die Liquidität des IWF im Sinne des Verhältnisses zwischen kurzfristigen Aktiva und kurzfristigen Verbindlichkeiten hat sich z. B. in den Jahren 1978 und 79 verbessert, weil in diesen Jahren Rückzahlungen die neuen Ziehungen um 1982 Mill. SZR bzw. um 1139 Mill. SZR übertrafen. Ebenso wird sich die Liquidität des IWF durch die vorgesehene Quotenerhöhung verbessern, da seine Aktiva im vollen Ausmaß der Quotenerhöhung, seine liquiden Verbindlichkeiten dagegen nur gemäß dem Anstieg der Reservepositionen, also um 25 % der Quotenerhöhung, zunehmen.

#### Formaler Liquiditätsbegriff

Eine Inanspruchnahme von Fondsmitteln oder „Ziehung“ erfolgt durch Kauf von verwendbarer Fremdwährung gegen Einzahlung eigener Währung. Ziehungen sind grundsätzlich so lange möglich, bis der Bestand des IWF an der Währung eines Landes 200 % seiner Quote beträgt; da 75 % der Quote von vornherein in eigener Währung einbezahlt sind, machen die regulären Ziehungsrechte also 125 % der Quote aus. Ein positiver Differenzbetrag zwischen Quote und Bestand des IWF an der eigenen Währung eines Landes (im Ausgangspunkt also 25 % der Quote) bildet die Reserveposition des betreffenden Landes beim IWF. Sie gilt als Bestandteil der Währungsreserven und begründet ein bedingungsloses Ziehungsrecht in gleicher Höhe. Eine Verschuldung beim IWF liegt vor, wenn ein Land nach Ausschöpfung seiner Reservetranche, d. h. nach Abbau seiner Reserveposition, die Kredittranche beansprucht. Eine derartige Kreditaufnahme ist konditioniert, d. h. an Bedingungen des IWF gebunden. Finanziell äußert sich die Kreditaufnahme beim IWF darin, daß die Bestände des IWF an der Währung des betreffenden Landes dessen Quote übersteigen. Die Kreditaufnahme von Mitgliedsländern verändert al-

<sup>3</sup> Unter frei verwendbarer Währung ist nach Artikel XXX Abs. f die Währung eines Mitglieds zu verstehen, die nach Feststellung des Fonds 1. bei Zahlungen für internationale Transaktionen verbreitet Verwendung findet und 2. auf den wichtigsten Devisenmärkten in großem Umfang gehandelt wird.

so nicht die gesamten Aktiva des IWF, sondern nur deren Zusammensetzung.

Der formale Liquiditätsbegriff besagt jedoch wenig über die wirkliche Leistungsfähigkeit des IWF, da der größte Teil der Währungen nicht für Ziehungen einsetzbar ist. Unverwendbar sind zunächst Währungen von Mitgliedern, die gegenüber dem IWF verschuldet sind, denn der Einsatz einer solchen Währung für eine Kreditvergabe durch den IWF würde ja einer Aufforderung zur vorzeitigen Kreditrückzahlung gleichkommen, was nur im Falle einer wesentlichen Verbesserung der Zahlungsbilanz- und Reservesituation des Schuldnerlandes zulässig wäre. Aber auch andere Währungen werden durch eine ungünstige Zahlungsbilanz- und Reservesituation für den IWF unverwendbar. Ein Land, dessen Währung über den IWF gezogen wird, ist ja nach Artikel V, Abs. 3e des IWF-Übereinkommens dazu verpflichtet, den Betrag in eine „frei verwendbare Währung“ umzutauschen, sofern nicht seine eigene Währung schon frei verwendbar ist<sup>3</sup>. Einem Defizitland wäre jedoch ein derartiger Einsatz seiner Währungsreserven zugunsten eines anderen Defizitlandes schwerlich zuzumuten.

Die Beträge an Sonderziehungsrechten und Währungen, die für Ziehungen zur Verfügung stehen, werden jährlich in einem „operational budget“ den liquiden Verbindlichkeiten des IWF gegenübergestellt. Zeitweise machten die in dem dargestellten Sinn verfügbaren Aktiva nur ein Drittel der liquiden Verbindlichkeiten aus. Einen Höhepunkt erreichte die Liquidität des Fonds dagegen Ende Oktober 1978, als vor allem aufgrund der im Anschluß an die Sechste Quotenrevision erfolgten Quotenerhöhung die kurzfristig verfügbaren Aktiva 17 Mrd. SZR ausmachten, während die liquiden Verbindlichkeiten in Form der Reservepositionen 15,5 Mrd. SZR betragen. Die Anfälligkeit der Liquidität des Fonds gegenüber Währungsunruhen zeigte sich jedoch schon einen Monat später, als die USA auf ihre Reserveposition den Gegenwert von 2,3 Mrd. SZR in D-Mark und Japanischen Yen zogen. Obwohl diese Transaktion nicht den Charakter einer Verschuldung, sondern nur einer Beanspruchung von Reserven hatte, gab doch die Dollarschwäche dazu Anlaß, den Dollar vorübergehend aus dem Kreis der für Ziehungen verfügbaren Währungen herauszunehmen. Da gleichzeitig die Ziehungen der USA den Fondsbestand an D-Mark und Yen reduzierten, war innerhalb eines Monats die Gesamtsumme der verfügbaren Aktiva auf 10 Mrd. SZR zusammengeschmolzen<sup>4</sup>. Man sieht also, daß der IWF auch nicht stärker ist als die Währungen sei-

<sup>4</sup> International Monetary Fund, Annual Report 1979, S. 76 f.

ner maßgebenden Mitglieder. Insofern ist die Festigung des Dollars auch für den IWF von nicht zu überschätzender Bedeutung. Wenn jedoch in diesem und in den folgenden Jahren die Leistungsbilanzen fast sämtlicher ölexportierender Länder ins Defizit geraten und auch die kompensierenden Kapitalströme sich auf wenige Länder konzentrieren, so kann die Liquidität des Fonds empfindlich beeinträchtigt werden, so important sich die Quotensumme auch ausnehmen mag. Man könnte geradezu die gängige Ansicht, wonach der IWF einen Katalysator für das Recycling darstellt, auf den Kopf stellen: Angesichts allgemeiner Leistungsbilanzdefizite der ölexportierenden Länder setzt die Verwendbarkeit der IWF-Mittel bereits eine erfolgreiche Rückschleusung – wenigstens zu den wichtigsten Mitgliedsländern – voraus.

Zu einem direkten Recycling trägt der IWF allerdings in dem Maße bei, als er einen Zugriff auf die reichlichen Währungsreserven der OPEC-Länder selbst ermöglicht. Dies geschieht im Rahmen des Allgemeinen Kontos des IWF nur im Ausmaß der Quoten dieser Ländergruppe. Die Gesamtsumme der IWF-Quoten der ölexportierenden Staaten beträgt derzeit 3,786 Mrd. SZR; dies entspricht 9,7 % der Gesamtsumme der Quoten aller Länder<sup>5</sup>.

Angesichts dieser Diskrepanz zwischen den Zahlungsbilanzüberschüssen der OPEC-Länder und ihren IWF-Quoten geht das Bestreben des IWF dahin, außerhalb des Allgemeinen Kontos im Rahmen von Sonderfazilitäten zusätzliche Mittel der Überschußländer zu mobilisieren. Drei dieser zusätzlichen Einrichtungen, nämlich die erweiterte Finanzierungfazilität, die kompensatorische Finanzierungfazilität (zum Ausgleich von Exporterlösschwankungen) und die Bufferstock-Fazilität, erweitern lediglich die Ziehungsmöglichkeiten, ohne dem Fonds zusätzliche Mittel zuzuführen, stellen also eine potentielle Belastung der Fondsliquidität dar. Eine andere Gruppe von Finanzierungseinrichtungen beruht dagegen auf einer Kreditaufnahme des IWF und führt daher zu keiner Beanspruchung der eigenen Mittel des Fonds. Dabei handelt es sich um die Allgemeinen Kreditvereinbarungen, die Ölfazilität und die zusätzliche Finanzierungsvorkehrung.

Die Allgemeinen Kreditvereinbarungen stellen nach Herkunft und Verwendung der Mittel eine Einrichtung der in der sogenannten Zehnergruppe zusammengefaßten Industrieländer dar, spielen also für die direkten Kapitalströme zwischen ölexportierenden und -importierenden Ländern keine Rolle. Ein Rückschleusungsinstrument par excellence stellte die Ölfazilität dar, die

zwischen 1974 und 1976 einen Betrag von 6,9 Mrd. SZR an 55 Länder vergab. Die Aufbringung der Mittel erfolgte zu etwa 27 % durch Industrieländer und zu 73 % durch die ölexportierenden Länder, wobei der Löwenanteil auf Saudi-Arabien entfiel. Die Kredite waren Ende März bis auf einen Restbetrag von 2,59 Mrd. SZR zurückbezahlt. Leider handelt es sich dabei aber nicht um einen revolving Fonds, der die eingegangenen Tilgungsbeträge abermals ausleihen könnte.

Von aktueller Bedeutung ist die zusätzliche Finanzierungsvorkehrung, die auf Initiative des früheren Geschäftsführenden Direktors des IWF, J. Witteveen, eingerichtet wurde. Sie ist bestimmt für Länder, deren Zahlungsbilanzungleichgewichte im Verhältnis zu ihren regulären Ziehungsrechten größer und langwieriger sind. Die Kapitalausstattung von 7,784 Mrd. SZR wurde von 13 IWF-Mitgliedern und der Schweiz aufgebracht. 4,550 Mrd. SZR entfielen dabei auf acht Industrieländer und 3,204 Mrd. SZR auf sechs ölexportierende Länder. Die Laufzeit der Kredite beträgt maximal sieben Jahre. Seit dem Inkrafttreten des Abkommens über die zusätzliche Finanzierungsvorkehrung am 23. März 1979 wurde erst der geringe Betrag von 0,427 Mrd. SZR in Anspruch genommen.

### Brüchiges Finanzierungssystem

Im Vergleich zur Größe des Finanzierungsbedarfs der nächsten Jahre sind die Beträge, die der IWF von den Ölexportländern in die Entwicklungsländer kanalisieren kann, bescheiden. Die IWF-Exekutive prüft daher die Möglichkeit, durch Kreditaufnahme nach dem Muster der zuletzt genannten Fazilitäten weitere Mittel zu mobilisieren<sup>6</sup>. Es erhebt sich jedoch die Frage, inwieweit eine Institution, die zur Aufrechterhaltung ihrer Liquidität auf kurz- und mittelfristige Tilgungsrückflüsse angewiesen ist, tatsächlich zur Übernahme hoher Länderrisiken geeignet ist. Vielleicht ist in dieser Beziehung der IWF den privaten Finanzmärkten gar nicht so sehr überlegen. Eine Erhöhung der staatlichen Auslandshilfe auf bilateraler und multilateraler Basis könnte sich als nützlicher erweisen, insbesondere bei hoch verschuldeten Ländern. Da von den Ölexportländern hierzu kaum ein adäquater Beitrag zu erwarten ist, wird die Hauptlast dieser Aufgabe doch wieder den Industrieländern überlassen bleiben. Um so dringender erscheint es, daß diese durch eine geeignete Struktur Anpassung ihre Leistungsbilanzdefizite abbauen, denn ein Finanzierungssystem, in welchem eine Gruppe von Defizitländern vornehmlich von anderen Defizitländern unterstützt wird, ist notwendigerweise brüchig.

<sup>5</sup> International Financial Statistics, May 1980, S. 12.

<sup>6</sup> IMF Survey, May 19, 1980, S. 157.